Die Chancen der Wuppertaler Strategie gegen den postfordistischen Wettbewerbsstaat

Zukunftsfähig trotz globaler Umbrüche?

Die Wuppertal-Studie definiert zwar ein Ziel, aber nicht den Weg, der zu diesem Ziel führt. Es bleibt ungeklärt, wie es der Kapitalismus schaffen kann, sich gegen die tendenziell selbstzerstörerischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen seiner eigenen Dynamik zu schützen und diese zu wenden.

Von Wolfgang Hein

Seit einigen Wochen liegt es nun vor: das „Kursbuch für ein zukunftsfähiges Deutschland“. Es nimmt den Ansatz der Studie „Sustainable Netherlands“ auf und verknüpft diesen mit den bekannten Arbeitsperspektiven des Wuppertal-Instituts, wie sie programmatisch bereits in v. Weizsäckers Bestseller „Erdpolitik“ angelegt sind. Der Bezug auf das sorgfältig definierte Konzept des „Umweltraumes“, also des prinzipiell jedem einzelnen Menschen zustehenden Anteils an den globalen Ressourcen, läßt die Studie wie eine Operationalisierung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung aus dem Brundtland-Bericht erscheinen.

Ich möchte hier nicht in die komplexere Problematik der Sustainability-Diskussion einsteigen, sondern mich auf die von der Wuppertaler Studie angenommenen Grenzen des globalen Umweltraumes einlassen, denn welche Probleme es auch immer mit der Bestimmung dieser Grenzen gibt – ich finde die Zielsetzung der Studie grundsätzlich sympathisch. Leider spricht bei sorgfältiger Beobachtung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen nicht sehr viel dafür, daß diese Ziele auch realisierbar sind. Und – das ist nun eine ernsthafte Kritik an der Studie – sie zeigt kaum Wege auf, wie die zu erwartenden Hindernisse überwunden werden können, weil sie sich mit diesen Hindernissen eigentlich gar nicht beschäftigt.

Die Zusammenfassung über das Umweltraum-Konzept macht deutlich, wo das Problem liegt: „Das Konzept des Umweltraums liefert wertvolle Orientierungshilfen, wenn ein Industrieland wie Deutschland sich zukunftsfähig entwickeln will. Das Konzept ist

● ökologisch, weil die Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen und erneuerbaren Ressour-

cen ebenso beachtet wird wie der Energie- und Stoffumsatz,

● international gerecht, weil für die Nutzung globaler Umweltgüter und ein Paket weltweit zugänglicher Ressourcen gleiche Pro-Kopf-Rechte gelten und

● freiheitlich, weil über die konkrete Ausgestaltung der Handlungsmöglichkeiten frei entschieden werden kann und eine dynamische Reduktion angestrebt wird.“ (S. 21)

Über den letzten Punkt stützt man: Sicherlich läßt das Konzept freie Entscheidungen „über die konkrete Ausgestaltung der Handlungsmöglichkeiten“ zu, aber welche Handlungsmöglichkeiten läßt uns eigentlich die entstehende Weltgesellschaft in der Realität? Wer politische Strategien entwickeln will, muß nicht nur Ziele definieren. Er muß auch die Dynamik des Systems, das verändert werden soll, analysieren und verstehen, denn erst in diesem Rahmen werden reale Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume deutlich. Sowohl der Bezug auf die globale wirtschaftliche Dynamik, auf die eine Strategie nachhaltiger Entwicklung Einfluß nehmen müßte, als auch das Bewußtsein der Menschen, dessen Verhalten sich ändern müßte, machen es dringend erforderlich, „Zukunftsfähigkeit“ im Rahmen der gegenwärtigen globalen Umbruchsituation zu analysieren. In diesem Zusammenhang ist die Umweltkrise eingebettet in andere Transformationsprozesse, die die Chancen von Umweltpolitik entscheidend beeinflussen.

► Krise des Fordismus als Rahmenbedingung

Die gegenwärtige Umbruchsituation wird hier nur stichwortartig vor dem Hintergrund des regulationstheoretischen Ansatzes charakterisiert, der meines Erachtens am ehesten geeignet

ist, eine Idee von den sich Bahn brechenden neuen Entwicklungstendenzen zu vermitteln. Der Regulationstheorie geht es um Konzepte zur Periodisierung kapitalistischer Entwicklung auf der Grundlage dominanter Formen der Produktion und der sozioökonomischen Regulation. Dahinter steht folgende Grundfrage: Durch welche Mechanismen, soziale Institutionen, Formen der gegenseitigen Anpassung zwischen Produktion und zahlungsfähiger Nachfrage usw. schafft es der Kapitalismus in bestimmten Phasen seiner Entwicklung, sich gegen die tendenziell selbstzerstörerischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen seiner eigenen Dynamik zu schützen und diese möglichst produktiv zu wenden?

Damit wird die Frage nach den Strukturen einer sich herausbildenden post-fordistischen Regulationsweise in den Mittelpunkt gestellt. Die folgenden Punkte fassen diesen Prozeß thesenhaft zusammen:

● Die fordistische Regulationsweise baute auf der halbautomatisierten Fließbandproduktion, der Standardisierung der Produkte und einer tayloristischen Organisation der Produktion auf. Vor allem bei der Herstellung dauerhafter Konsumgüter wurden erhebliche Produktivitätsgewinne ermöglicht, die aufgrund der parallelen Entwicklung einer entsprechenden Massenmarktkraft zu erheblichen Wachstumsprozessen durch die Nutzung billiger Rohstoffe aus dem Süden und – zumindest im Bewußtsein der Bevölkerung der Industrieländer – auch Wohlstandsgewinnen führten. Stabilisiert wurde dieses System nicht nur durch die staatliche Garantie des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und der Tarifautonomie sondern vor allem auch durch eine Sozialpolitik, die Arbeitslose, Kranke und Rentner (und deren Kaufkraft) absicherte und mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur private Pflege- und Fürsorgeleistungen durch Lohnarbeit ersetzte.

● Soziale Entwicklungen (Altersstruktur, Kosten des Gesundheitswesens), wachsende Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Erhöhung der Kapitalintensität sowie der verstärkten Konkurrenz durch Produktionsstandorte vor allem in Ost- und Südostasien sowie der wachsende Druck vergesellschafteter Umweltkosten führten zu einer fiskalischen Krise des Staates in allen fordistisch geprägten Gesellschaften.

● Die neuen Technologien (die Mikroelektronik und die auf ihr beruhenden Informations-

technologien, die Biotechnologien, die Produktion neuer Werkstoffe und die Umwelttechnologien) haben das Entstehen neuer, postfordistischer Formen der Organisation der Produktion gefördert, die durch den Begriff der flexiblen Massenproduktion gekennzeichnet werden können. Die zunehmende Globalisierung durch die weitere Verbilligung von Transport und Kommunikation erhöht dabei den Druck auf die alten Industrieländer, neue Produktionsverfahren und damit auch eine Flexibilisierung der sozio-politischen Rahmenbedingungen (Tarifverträge, arbeitsrechtliche Bestimmungen u.ä.) durchzusetzen.

● Unklar bleibt allerdings bis heute die – auch im Hinblick auf die Rahmenbedingungen „zukunftsfähiger Entwicklung“ – wichtigste Frage nach den Formen gesellschaftlicher Regulation, die die bereits teilweise in Auflösung begriffenen fordistischen Strukturen ersetzen können. Der Neoliberalismus hat zum Aufbrechen fordistischer Strukturen geführt und sich als eine Strategie zur Entlastung überforderter Staatsapparate dargestellt; gleichzeitig hat die Deregulierung und die Freisetzung von Konkurrenzkräften den neuen Technologien und neuen Organisationsformen der Produktion zum Durchbruch verholfen sowie eine Umstrukturierung der internationalen Arbeitsteilung in Gang gebracht. Bei der Standortpolitik, also der Förderung der „strukturellen Wettbewerbsfähigkeit von Regionen“, zeichnet sich bereits ab, daß der fordistische Sozialstaat nicht durch eine moderne Form des liberalen Nachwachstumsstaates sondern eher durch einen in neuer Weise interventionistischen nationalen Wettbewerbsstaat abgelöst wird.

► Gesellschaftliche Regulation im Postfordismus

Die „Entdeckung“ des nationalen Wettbewerbsstaats löst nicht das Hauptproblem postfordistischer Regulation: Wie kann es der Kapitalismus auch in dieser Phase seiner Entwicklung schaffen, sich gegen die tendenziell selbstzerstörerischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen seiner eigenen Dynamik zu schützen und diese möglichst produktiv zu wenden? Die dargestellten Tendenzen postfordistischer Entwicklung verweisen auf den dringenden Regulationsbedarf auf zwei unterschiedlichen Ebenen:

1) Wenn der Nationalstaat sich effektiv immer mehr auf die Funktion konzentriert, die interna-

tionale Wettbewerbsfähigkeit nationaler Produktionsstandorte zu stärken und gleichzeitig die Globalisierung eine effektive Steuerung ökonomischer Prozesse auf nationaler Ebene nicht mehr zuläßt, dann wird es immer dringender, wirkungsvolle Mechanismen auf transnationaler Ebene zu entwickeln, um einerseits zu verhindern, daß Sozial- und Umweltstandards zum Zwecke der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit minimiert werden, andererseits daß Spekulation bzw. Monopolbildung zum Zusammenbruch von Märkten führt. Auch die Konkurrenz nationaler Wettbewerbsstaaten auf dem Weltmarkt bedarf stabiler, von außen gesetzter Rahmenbedingungen, die ohne effektive Formen von global governance nicht denkbar sind. Welche dieser Aufgaben von eher informell organisierten internationalen Regimen wahrgenommen werden und wo formelle internationale Organisationen beginnen, globale Staatsfunktionen zu entwickeln, ist in vielen Bereichen noch offen: Es entsteht ein neuartiges Geflecht von Institutionen und Kooperationsformen, daß mit der einfachen Übertragung des Staatskonzeptes auf eine supranationale Ebene nicht viel zu tun hat. 2) Regulation im oben definierten Sinne kann ohne eine Organisation der ausgebeuteten bzw. ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen nicht funktionieren. Neue Organisationsformen, die im postfordistischen Rahmen die traditionelle Rolle gewerkschaftlicher Organisation ergänzen, vielleicht teilweise ersetzen, müssen die Flexibilisierung sozio-ökonomischer Strukturen berücksichtigen und müssen fähig sein, eine wichtige Rolle bei der Entwicklung globaler Regulationsformen zu übernehmen. Meine These ist die, daß die Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus mehreren Gründen zu zentralen Akteuren bei der Herausbildung postfordistischer Regulation werden können:

● Die potentiell zerstörerischen Elemente postfordistischer Akkumulation betreffen vor allem zwei Bereiche: die zunehmende Marginalisierung ganzer Regionen in der Dritten Welt, aber auch wachsender sozialer Gruppen in den Industrieländern selbst einerseits, die Auswirkungen fortgesetzten Wirtschaftswachstums auf die natürliche Umwelt andererseits. Hier gibt es Widerstand gegen Zerstörungsprozesse, aber auch ein riesiges kreatives Potential, das in der Form von Selbsthilfegruppen, Empowerment-Strategien u.ä.m. Perspektiven entwickelt, marginalisierte Gruppen wieder aktiv in den sozialen Entwicklungsprozeß zu integrieren, und das sich im

Umweltbereich um die Entwicklung neuer angepaßter Technologien und neuer gesellschaftlicher Organisationsformen bemüht. Die Wuppertal-Studie liefert zweifellos Beispiele dafür.

● NRO sind aber auch per definitionem zentrale Träger der Herausbildung einer globalen Zivilgesellschaft, die einen wesentlichen Gegenpol gegen die vor allem auf Regierungsebene ausgehandelten internationalen Regime bilden. Die erstaunliche Akzeptanz, die auch ideologisch ganz anders ausgerichtete NRO bei etablierten politischen Institutionen, aber auch bei Unternehmen und Unternehmensverbänden finden, deutet an, daß sie gesellschaftliche Funktionen übernommen haben, die von wachsender Bedeutung sind. Durch ihre inzwischen fast schon institutionalisierte Rolle bei Konferenzen internationaler Organisationen beginnen sie, die Funktion einer direkten Vertretung der Menschen auf internationaler Ebene unter Umgehung der formellen Repräsentationsfunktion nationaler Regierungen zu übernehmen; dabei ist klar, daß ihnen in fast allen Fällen die formelle Legitimierung für diese Rolle fehlt.

● In ihrer Tendenz zur Bildung flexibler Netzwerke entsprechen die NRO der typischen Form postfordistischer Organisationsbildung; sie entsprechen Formen der Selbstorganisation, wie sie in der Chaostheorie diskutiert werden und auch in Begriffe wie den des „fraktalen Unternehmens“ Eingang gefunden haben.

► Perspektiven nachhaltiger Entwicklung

Vor diesem Hintergrund ist nach den Perspektiven für nachhaltige Entwicklung im Postfordismus neu zu fragen. Es dürfte deutlich geworden sein, daß postfordistischer Wettbewerb keineswegs umweltorientiert ist und eine „zukunftsfähige Politik“ im Wuppertaler Sinne eher behindern als fördern wird, wenn dem nicht dezidiert entgegengesteuert wird. Nicht ganz klar ist, welche sozialen Kräfte ein primäres Interesse an einem solchen Entgegensteuern haben, also das ideelle Gesamtinteresse an der Rettung des globalen Ökosystems repräsentieren können. Allerdings muß der Postfordismus auf die lokalen und regionalen Umweltprobleme reagieren, die der Fordismus produziert hat. Hieraus ergeben sich zunächst politische Ansatzpunkte für eine Strategie nachhaltiger Entwicklung:

● Die Forderungen nach einem grundlegenden Wertewandel und neuen Konsummodellen wer-

den nicht gerade gefördert, wenn neue Industrieländer zentrale Elemente dieser zerstörerischen Lebensweise für sich entdecken und eben damit zu den Aufsteigern der postfordistischen Weltwirtschaft werden. Vor dem Hintergrund postfordistischer Strukturen ist eine Entschleunigung sozialer und ökonomischer Prozesse kaum zu erwarten; im Gegenteil ist davon auszugehen, daß im Rahmen einer eher zunehmenden internationalen Konkurrenz die Bedeutung von Innovationen sich verstärken und damit auch der Innovationsprozeß sich eher weiter beschleunigen wird. Einen zentralen Ansatzpunkt bietet der aktuelle Umbruch allerdings im Hinblick auf ein verändertes Verhältnis zur Arbeit – staatlich abgesicherte Vollbeschäftigung gehört offenbar auch in den Industrieländern mehr und mehr der Vergangenheit an. Wenn dieser Prozeß insgesamt eine stärkere Bedürfnisorientierung von Arbeit fördern soll, dann muß dem Trend zu einer verstärkten Ungleichverteilung formeller Arbeit entgegengewirkt werden in Richtung auf eine sozial verträgliche Umverteilung bezahlter Arbeit und einer intensiven gesellschaftlichen Aufwertung unbezahlter Arbeit.

● Die Flexibilisierung der Organisation der Produktion, aber auch der Forschung bieten im Vergleich zur Standardisierungsorientierung des Fordismus und zur bisherigen Rolle des Staates bei der Absorption externer Kosten durchaus wichtige Perspektiven für konventionelle umweltpolitische Ansätze, etwa durch den Druck zur Reduktion der externen Kosten (durch Abfälle, Produktionsrückstände usw.). Eine ökologische Steuerreform dürfte sicherlich einen wesentlichen Anreiz für energiesparende Modifikationen im Produzenten- und Verbraucherverhalten bilden. Zu bedenken ist allerdings, daß im Rahmen der Förderung nationaler Wettbewerbsfähigkeit alle Maßnahmen, die diese eventuell beeinträchtigen könnten, sehr skeptisch betrachtet werden (vgl. die Ablehnung von Energiesteuern durch weite Teile der deutschen Industrie).

● Eine flexiblere Organisation der Produktion, die nicht primär von der Konzentration in großen Produktionseinheiten abhängig ist, sowie die verstärkte Nutzung nicht-traditioneller regenerativer Energiequellen (Solar-, Windenergie, Kleinwasserkraftwerke) reduzieren die Agglomerationsvorteile der Produktion in Ballungsgebieten. Sie können helfen, einerseits fossile Energie zu sparen, andererseits Einkommensquellen in peripheren Räumen zu erschließen. Die Pro-

Der Autor

Wolfgang Hein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Übersee-Institut in Hamburg

Kontakt: Deutsches Übersee-Institut, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg, Tel. (040) 3562-593, Fax -3562547

duktion für lokale Märkte kann an Konkurrenzfähigkeit durch die Modernisierung kleiner Produktionseinheiten gewinnen.

● Der Globalisierungsprozeß ist in zunehmendem Maße auf internationale Regelungen angewiesen. Zweifellos findet der Ausbau globaler Regulationsinstanzen in einem intensiven Spannungsfeld zwischen internationaler Konkurrenz und der Einsicht in die Notwendigkeit von Vereinbarungen und dem Ausbau von Institutionen statt. Trotz der verbreiteten Frustration über die Langsamkeit des Rio-Prozesses scheint ein Fortschreiten dieser Entwicklung doch gesichert, z. B. durch die wachsende Beachtung von Umweltproblemen in der Regelung internationaler Handelsbeziehungen. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß die postfordistischen sozialen Differenzierungsprozesse angesichts des ökonomisch hinderlichen Konfliktpotentials (Bürgerkriege, Flüchtlinge, Armutsmigration etc.) einen erneuten Druck zum Ausbau internationaler Sozialpolitik ausüben werden. Die Kombination von beiden – internationalen Umweltregeln und Sozialpolitik – wird dafür sorgen, daß die Grundprobleme nachhaltiger Entwicklung, Umwelterhaltung und Bedürfnisbefriedigung, zumindest auf der Tagesordnung bleiben.

● Schließlich noch einmal die NRO, die nicht nur für eine kontinuierliche Thematisierung der genannten Konfliktfelder sorgen, sondern mit ihrer wachsenden Bedeutung für eine flexible Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen sowie für die Entwicklung kreativer Lösungen von Umweltproblemen für eine systemadäquate Form der Reaktion auf die selbstzerstörerischen Konsequenzen postfordistischer Akkumulation sorgen und damit in die Rolle von Regulationsinstanzen hineinwachsen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen scheint es mir wichtig, auf die Gefahr hinzuweisen, daß der Wert der Wuppertaler Studie verloren geht, wenn sie überschätzt wird: Sie ist kein „Kursbuch für ein zukunftsfähiges Deutschland“ (ein Kursbuch muß auch die Gegenzüge berücksichtigen, wenn es zu keinen Zugkategorien kommen soll). Ihr Hauptwert ist ihr

potentieller Beitrag zur politisch-ökologischen Bewußtseinsbildung, indem der Überkonsum an Ressourcen in unserer Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der globalen Gerechtigkeit verdeutlicht wird. Die Studie liefert auch viele konkrete Hinweise auf mögliche Reformansätze in Deutschland. Angesichts der mangelnden Analyse der weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen bleiben die Aspekte von globaler Gerechtigkeit und Umverteilung jedoch formalistisch und mit wenig Bezug zur Realität der aktuellen Weltgesellschaft.

Literatur:

- 1) Altwater, Elmar 1992: Der Preis des Wohlstands oder Umweltpollution und neue Welt(un)ordnung, Münster Bleischwitz, Reimund/ Loske, Reinhard u.a. 1995:
- 2) Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Wuppertal
- 3) Eßer, Klaus/ Hillebrandt, Wolfgang/ Messner, Dirk/ Meyer-Stamer, Jörg 1994: „Das Konzept 'Systemischer Wettbewerbsfähigkeit'“, in: Nord-Süd aktuell, Nr.4, S.541-558
- 4) Hein, Wolfgang 1994: „Ungleichzeitige Entwicklung(en): Weltgesellschaftlicher Umbruch und die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer neuen Weltordnung“, in: ders. (Hg.), Umbruch in der Weltgesellschaft, Hamburg, S.3-44
- 5) Hein, Wolfgang 1995a: „Postfordismus und nachhaltige Entwicklung im globalen Zusammenhang“ in: Deutscher, Eckhard/ Jahn, Thomas/ Moltmann, Bernhard (Hg.), Entwicklungsmodelle und Weltbilder, Frankfurt 1995, S.144-162
- 6) Hein, Wolfgang 1995b: „Von der fordistischen zur postfordistischen Weltwirtschaft“, in: Peripherie, Nr.59/60, S.45-78
- 7) Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin
- 8) Hübner, Kurt 1989: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin
- 9) von Weizsäcker, Ernst Ulrich 1994: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, 4. Aufl., Darmstadt

Dieser Ausgabe des Informationsdienstes liegt eine Beilage des Birkhäuser Verlags, Basel zu der Neuerscheinung „Zukunftsfähiges Deutschland“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.